



STAATSANWALTSCHAFT: „KEINE ANZEICHEN FÜR POLITISCHEN HINTERGRUND“

Thüringen: Friedensaktivisten planten Sprengstoff- Anschläge!

Von JOHANNES DANIELS | Eine kleine Pressenotiz mit enormer Sprengkraft! Linke „Friedensaktivisten“ aus Thüringen wurden bei ihrem Plan, Menschenrechte mittels Sprengstoff durchzusetzen, am Dienstag zunächst von der Polizei gestört. Durchaus pikant: Mindestens ein Tatverdächtiger ist Mitglied des „Bündnisses Zivilcourage und Menschenrechte im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt“ und organisierte öffentliche Protestkundgebungen gegen „rechte“ Veranstaltungen. Zudem trat er als ihr Sprecher auf.

Kurzzeitige Festnahme – Sprengstoff-Täter wieder auf freiem Fuß

Nach Informationen der Staatsanwaltschaft Gera wurden in drei der durchsuchten Objekte Bombenmaterial wie [„Buttersäure, Magnesium- und Schwefelpulver in großen Mengen“](#) gefunden. Im Zuge ihrer Ermittlungen nahmen die Kriminalbeamten einen der beiden Tatverdächtigen kurzzeitig fest. Die Vorbereitung eines

Explosions- und Strahlungsverbrechens ist nach § 310 StGB mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren strafbewehrt – ein Kapitalverbrechen.

Der „Friedensaktivist“ befindet sich inzwischen jedoch wieder auf freiem Fuß, da keine besonderen Haftgründe vorlägen. Die weisungsgebundene Staatsanwaltschaft im rot-rot-grünen Thüringen sieht in der Vorbereitung der Bombenattentate auf politische Gegner allerdings „keine Anzeichen für einen politischen Hintergrund“, wie der [FOCUS](#) nun sogar kurz berichtet. Ansonsten schweigen die linken Mainstream-Medien über die Terrorvorbereitungen der Friedensaktivisten.

Bodo Ramelow und der Linksstaat vertuschen die geplanten Anschläge

Ein Zeuge gab den entscheidenden Tipp: Als ihm auffiel, dass ein Mann eine größere Lieferung von „Düngemitteln“ erhielt, alarmierte er verantwortungsvoll die Polizei – wenig später rückten tatsächlich die Ermittler an und wurden fündig. Bei der Durchsuchung mehrerer Objekte in Thüringen fanden sie eine große Menge Chemikalien und „selbst laborierten Sprengstoff in geringen Mengen“, [teilte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Gera mit](#): Insgesamt wurden allerdings über 20 Kilo tödliches Bombenmaterial sichergestellt.

Den beiden kurzzeitig festgenommenen Linksterroristen (25 und 31 Jahre) wird die Vorbereitung eines Explosions- und Strahlungsverbrechens vorgeworfen. Der 31-jährige Tatverdächtige ist zudem Mitglied des „Bündnisses Zivilcourage und Menschenrechte im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt“ – immer wieder sei er öffentlich für die Initiative aufgetreten und organisierte nach neuesten Ermittlungs-Erkenntnissen auch AntiFa-Proteste und Straftaten gegen AfD-Einrichtungen und -Personen, so wie es SPD-Chef-Demagoge [Ralf Stegner](#) den linken Freunden [seiner AntiFa-Söhne ausdrücklich befahl](#).

Linke Jugend forscht: Schreckschusswaffen und Cannabis-

Aufzuchtanlage gefunden

Darüber hinaus sei Erythritoltetranitrat, ein sogenannter selbst laborierter Sprengstoff, gefunden worden als auch mehrere Utensilien, die zur Sprengstoffherstellung benutzt werden können. Die Ermittler stellten zudem eine Schreckschusswaffe, Cannabis und eine Cannabis-Aufzuchtanlage sicher.

Bomben-Attentäter erhielt Demokratiepreis der „Bildungsministerin“ (Die LINKE)

Der „kurzzeitig Festgenommene“ ist in der Vergangenheit öffentlich als einer der Sprecher des Bündnisses „Zivilcourage und Menschenrechte“ aufgetreten. Unter anderem soll er im Jahr 2016 für das Bündnis bei der [Verleihung des Demokratiepreises](#) des Freistaates [eine Anerkennung aus den Händen der ehemaligen Bildungsministerin Birgit Klaubert](#) (Linke) für „seine vielfältigen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten“ in Empfang genommen haben. Auch bei anderen „Friedensaktivismus-Gelegenheiten“ war er immer wieder öffentlich aufgetaucht. Eine Anfrage der [Ostthüringer Zeitung](#) ließ er unbeantwortet. Die ehemalige SED-Funktionärin Birgit Klaubert war zudem ehemalige Vizepräsidentin des Thüringer Landtags.

Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Gera bestätigte auf Anfrage die Durchsuchung und das Auffinden von „diversen Chemikalien, zum Teil auch in erheblicher Größenordnung“ sowie „selbstlaborierter Sprengstoff in geringer Menge“ [über 20 Kilogramm].

Staatsschutz Thüringen: keine Ermittlungen, da „kein politischer Hintergrund erkennbar“

Die Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamtes Thüringen wird sich jedoch nicht an den Ermittlungen beteiligen, das teilte das Landeskriminalamt am Freitag mit. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Gera gebe es „keine Anzeichen für einen

politischen Hintergrund“ der Tat.

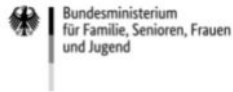
Die gleichgeschaltete Presse des Deutschen Linksstaats schweigt weitgehend zu den Anschlags-Vorbereitungen der MerkelFa: Gibt man heute „[Saalfeld-Rudolstadt](#)“ bei Google ein, so erhält man folgende „Schlagzeilen“:

Focus: „[Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt](#) – Anhörung der betroffenen Gemeinden zur Gemeindeneugliederung im Landkreis!“ sowie „[Grippealarm in den Krankenhäusern!](#)“

Absolut alarmierend – der [Thüringer Demokratie-Preis](#) (steuerfinanziert):

„Mit dem Thüringer Demokratiepreis werden ausgezeichnete Praxisbeispiele und innovative Ansätze in der Arbeit für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit ausgezeichnet. Mit der Auszeichnung erkennt das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport den langfristigen Einsatz und die gute, kreative und nachhaltige Arbeit für Demokratie an. Die prämierten Vereine und Personen können ihre Ziele und Anliegen einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen und in besten Fall viele Thüringerinnen und Thüringer ermutigen sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.“

Sponsoren und Förderer des so genannten Demokratie-Preises Thüringen mit großer gesellschaftlicher Sprengkraft sind: Das Bundesfamilienministerium (SPD), die Deutsche Fernsehlotterie, sowie die Deutsche Bahn-Stiftung und das „[Bündnis für Gemeinnützigkeit](#)“, das durch Stiftungsrecht ebenfalls weitgehend mit steuerlich geförderten Mitteln finanziert wird.



Die Sponsoren und Förderer der kriminellen Vereinigung.

PI-News-Autor JOHANNES DANIELS hatte 2008 das Logo, das nun vom „Bündnis für Gemeinnützigkeit“ verwendet wird, mitentwickelt. Er ist erstaunt über so viel Gemeinnützigkeit des „Deutschen Stiftungszentrums“ – als veritabler Anstifter für kriminelle Vereinigungen!



Gep plante Gruppenvergewaltigungen und Erpressung von Mädchen

Was kommt da noch hoch? Die Polizei ermittelt gegen fünf junge Männer aus Gelsenkirchen im Alter von 16 bis 23 Jahren. Sie stehen im Verdacht, drei 16-jährige Mädchen gruppenvergewaltigt zu haben. Nach einem Aufruf der Polizei haben sich [jetzt weitere Frauen getraut](#), Anzeige zu erstatten.

Vier der Täter sitzen in Untersuchungshaft. Die Polizei schweigt sich wie häufig zum ethnischen Hintergrund aus. Dieser wird manchmal nur genannt, wenn es sich um deutsche Täter ohne Migrationshintergrund handelt.

Bereits am 14. Februar, als Polizei und Staatsanwaltschaft die „besonders abscheulichen und brutalen Straftaten“ erstmals öffentlich machten, berichteten die Ermittler, dass die mutmaßlichen Täter mehr junge Frauen getäuscht, entführt und zum Sex gezwungen haben könnten als die drei namentlich bekannten 16-Jährigen, die bis dahin Anzeige bei der Polizei erstattet hatten.

Während offenbar immer mehr Opfer den Mut haben mit den Behörden zu reden, schweigen die 18 bis 23 Jahre alten Männer beharrlich zu den Vorwürfen und lassen sich von Anwälten vertreten. Das Quartett sitzt nach wie vor in Untersuchungshaft. Gegen einen erst 16-jährigen fünften Verdächtigen, der den Ermittlern bekannt ist, wurde aufgrund seines jugendlichen Alters kein Haftbefehl erlassen.

Die Tatverdächtigen sollen über soziale Netzwerke oder Bekannte Kontakt zu den Mädchen aufgenommen haben. Nachdem den Opfern ihr Handy abgenommen worden war, wurden sie an einem entlegenen Ort zu sexuellen Handlungen gezwungen. Bisher bekannt gewordene Tatorte sind der Essener Süden und Gelsenkirchen. Die mutmaßlichen Vergewaltiger haben nach Überzeugung der Ermittler ihre Taten genau geplant und sie gingen dabei besonders perfide vor: Über soziale Netzwerke oder Bekannte sollen sie Kontakt zu den Mädchen aufgenommen haben, um sich mit ihnen zu treffen. Spürten sie ein anfängliches Vertrauen ihrer Opfer, seien die anderen Männer dazugekommen. Mit einem Auto sei man dann gemeinsam durch die Stadt gefahren, bevor es an einem entlegenen Ort wie einem Waldstück im Essener Süden zu den Sexualstraftaten gekommen sei. Um die jungen Frauen gefügig zu machen, habe man ihnen die Handys abgenommen und damit gedroht, sie an Ort und Stelle auszusetzen.

Die Essener Gruppenvergewaltigungen haben frappierende Parallelen zu den sexuellen Kindesmissbräuchen von moslemischen Gangs [im englischen Telford](#). Dort gingen die Täter nach dem Muster vor, indem sie junge Burschen losschickten, um die Schulmädchen zu umgarnen. Sie beeindruckten mit einer Fahrt in einem schnellen Auto, mit einem neuen Handy, mit kostenlosen Drogen, gelegentlich auch mit dem Versprechen echter Liebe.

Erst allmählich werden die Mädchen dann älteren Männern zugeführt, später auch Freiern in Sheffield und anderen Städten in der Region. Wer aussteigen wollte, wurde bedroht. Eines der Mädchen wurde mit Benzin übergossen. Anderen wurde die Macht ihrer Sklavenhalter vor Augen geführt, indem die kleine Schwester entführt oder der große Bruder krankenhaushausreif geschlagen wurde.

Hierzu passt ein weiterer aktueller Fall aus Berlin. Sechs junge Männer im Alter von 17 bis 26 Jahren, die eine 14-Jährige zum Sex gezwungen haben, müssen sich jetzt vor dem Landgericht verantworten. Zudem sollen zwei der Männer mit arabischem Migrationshintergrund eine 16-Jährige betrunken gemacht und brutal vergewaltigt haben. Auch das Muster der Berliner Gang gleicht dem Vorgehen in England. Einer der Männer soll die zur Tatzeit 14-Jährige verführt und dann von ihr Bilder und Videos von einvernehmlichem Sex aufgenommen haben, um sie damit zu erpressen. Aus Angst vor der angedrohten Veröffentlichung soll das Mädchen im Spätsommer 2015 an drei verschiedenen Tagen mit fünf Bekannten des Erpressers ungeschützten Sex gehabt haben. Neun Verhandlungstage sind angesetzt. (hg)



Leverkusen: Von falschen Sultanen und echten Verbrechern

Großraffa bei einer stadtbekanntem „Großfamilie“ in Leverkusen: Nach über einem Jahr Ermittlungszeit haben Staatsanwaltschaft und Polizei diese Woche gegen eine europaweit verzweigte Betrügerbande losgeschlagen und zahlreiche Immobilien, Luxusautos und sonstige Wertgegenstände beschlagnahmt. Teile des ursprünglich aus Südosteuropa stammenden Roma-Clans mit insgesamt rund 1.000 Familienmitgliedern hatten über Jahre nicht nur Sozialämter und Kreditinstitute betrogen, sondern auch hunderte Senioren um ihr Ersparnis gebracht.

Sei es mit dem beliebten „Enkeltrick“ oder mit exotischen Varianten wie z.B. der Masche mit einem falschen „Sultan aus Bahrain“ – der Fantasie der lebenslustigen „Großfamilie“ waren offenbar keine Grenzen gesetzt.

Ein Einsatz, der sich unter dem Aspekt der nicht ganz freiwilligen Eigentumsumverteilung gelohnt hat: In den durchsuchten Objekten, darunter eine Luxusvilla in Leverkusen, wurden neben großen Mengen Bargeld und Schmuck auch Luxuswagen der Marke Porsche, Rolls-Royce und Mercedes sichergestellt.

600.000 Euro Sozialleistungen erschlichen

Besonders pikant: Über Jahre hatten diese Rolls-Royce- und Porsche-Besitzer auch noch gleichzeitig Sozialleistungen der Stadt Leverkusen eingestrichen, obwohl das Luxusleben des schillernden Clans in ganz Leverkusen ein offenes Geheimnis war. Von rund [600.000 Euro](#) ist in der Lokalpresse die Rede. Selbst auf Facebook posierten die Clanmitglieder gerne mit ihren Protzkarossen, Rolex-Uhren und bündelweise Geld in der Hand.

Hat man es hier etwa auch mit einem Behördenversagen im [Stile des englischen Rotherhams](#) zu tun, nur dass hier nicht bei schweren Sexualdelikten, sondern „nur“ bei bandenmäßigen Betrugsstraftaten aus Gründen der „politischen Korrektheit“ weggeschaut wurde? Oder warum sonst haben die Behörden in dieser Angelegenheit über viele Jahre versagt?

Auch die Gründe dafür gilt es – neben der strafrechtlichen Aufarbeitung des Skandals – ans Tageslicht zu bringen.



Donauwörth: Landfriedensbruch durch „Flüchtlinge“ – 30 Haftbefehle

Das bayerische Donauwörth ist mit seiner Erstaufnahmeeinrichtung für knapp 500 Flüchtlinge einer der Brennpunkte der gescheiterten Flüchtlings- und

Migrationspolitik der Regierung Merkel.

Im Verlauf des Mittwochs kam es dort [erneut zu schweren Zusammenstößen](#) zwischen Schwarzafrikanern aus Gambia und starken Polizeikräften. Wie bereits [vor vier Wochen](#) konnte auch dieses Mal die Lage nur durch die Unterstützung von geschlossenen Verbänden der Bayerischen Bereitschaftspolizei unter Kontrolle gebracht werden.

Schwarzafrikanischer Flüchtlingsmob verhindert Abschiebung

In der Nacht zum Mittwoch gegen 3 Uhr wollten Beamte der Polizei Donauwörth einen gambischen Staatsangehörigen in der Erstaufnahmeeinrichtung festnehmen, weil er abgeschoben werden sollte. Offenbar wurde diese Urzeit gewählt, um das Risiko einer Einmischung durch seine Landsleute zu verringern. Wenn das so war, ging diese Rechnung nicht auf, denn schon nach kurzer Zeit sah sich die Polizeistreife einem wütenden Mob aus etwa 50 schwarzafrikanischen Asylbewerbern gegenüber. Nachdem diese auf die Beamten losgingen, hatten die Polizisten keine andere Wahl als die Maßnahme abubrechen und sich zurückzuziehen.

Zweiter Versuch mit Verstärkung

Bis zum Nachmittag traf dann Unterstützung in Form von Einsatzkräften der Bayerischen Bereitschaftspolizei ein und man rückte erneut an. Auch dieses Mal sahen sich die Vertreter der Staatsmacht einer Front aus aggressiven schwarzafrikanischen „Flüchtlings“ aus Gambia gegenüber, die nicht nur auf die eingesetzten Kräfte losgingen, sondern auch das Mobiliar der und die Fenster der Unterkunft kurz und klein schlugen.

Mit Hilfe des Unterstützungskommandos wurden 32 randalierende Asylbewerber wegen Landfriedensbruchs, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, versuchter gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung vorläufig festgenommen.



Starke Polizeikräfte waren nötig, um den Aufstand der Asylbewerber aus Gambia niederzuschlagen.

Der Polizeieinsatz konnte erst gegen 22 Uhr beendet werden. Eine Sprecherin des Malteser Hilfsdienstes, der die Erstaufnahmeeinrichtung betreut, bezeichnete die Lage am Donnerstag als angespannt, aber ruhig.

Staatsanwaltschaft beantragt insgesamt 30 Haftbefehle

Die Staatsanwaltschaft beantragte insgesamt 30 Haftbefehle wegen Fluchtgefahr, die dann vom zuständigen Haftrichter auch tatsächlich erlassen wurden. Der Augsburger Oberstaatsanwalt Mattias Nickolai erklärte, dass die Asylbewerber beim Widerstand erhebliche kriminelle Energie an den Tag gelegt hätten. Zwei Bewohner, gegen die kein Haftbefehl beantragt wurde, wurden in anderen Wohnheimen untergebracht. Selbstverständlich wird das zerstörte Mobiliar in der

Erstaufnahmeeinrichtung wieder ersetzt. Das, sowie die erheblichen Kosten für den Polizeieinsatz und die Haft der „von Krieg und Verfolgung bei uns Schutz suchenden Menschen“ bezahlen die arbeitsamen Leute unseres Landes mit ihren Steuergeldern.

Der bayerische Flüchtlingsrat meint zu dem Vorfall:

„Proteste von Flüchtlingen wie in Donauwörth sind das Ergebnis der rigiden bayerischen Lagerpolitik. Große Lager“ bedeuteten auch „große Probleme“.

Mit dem letzten Satz hat der Flüchtlingsrat nicht einmal Unrecht. Fakt ist allerdings auch, dass eine Unterbringung der Asylanten nach dem „Gieskannenprinzip“ zwar wünschenswert wäre (insbesondere in den rein weißen Wohngebieten der besserverdienenden Gutmenschen, die bisher noch nicht in den Genuß einer solchen Nachbarschaft gekommen sind), aber in der Praxis durch die immense Zahl der „Neubürger“ in der Praxis nicht durchführbar ist.

Ghettos sind die Zukunft der Flüchtlinge in Deutschland

Zudem vergessen die Klugschwätzer vom Flüchtlingsrat noch etwas anderes: So gut wie alle „Flüchtlinge“, von denen wir heimgesucht wurden und jene, die noch kommen werden, landen irgendwann in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verarmt und gewaltbereit in Ghettos. Das ist Fakt. Das kommt so. In diese Ghettos wird sich dann auch die Polizei kaum mehr hineinwagen, weil dort Mord und Totschlag herrscht. Das ist die Zukunft, das ist das Schicksal der „Flüchtlinge“ und solche Ereignisse wie in Donauwörth stellen nur einen leichten Vorgeschmack auf das dar, was sich in Deutschland auf diesem Gebiet zusammenbraut.

Und die Verantwortliche dafür hat ohne eine Miene zu verziehen erneut geschworen, ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen zu Nutzen mehren, Schaden von ihm zu wenden

und das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes zu wahren und verteidigen. Sie konnte das tun, weil es immer noch genügend Deutsche gibt, die sie gewählt haben. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Frage, ob ein so dummes Volk das, was ihm nun blüht, nicht redlich verdient hat. (hsg)



Curio grandioso!

Von BEOBACHTER | Die namentliche Abstimmung im Bundestag über den Schutz deutscher Grenzen vor unberechtigtem Übertritt muss man historisch nennen. Denn seit Freitagvormittag, 16. März 2018, steht es schwarz auf weiß und in abschließender Lesung fest: die Weiter-so-Regierung unter Kanzlerin Merkel lehnt es ab, die deutschen Grenzen sofort, umfassend und dauerhaft vor dem unberechtigten massenhaften Einsickern von Ausländern zu schützen, wie die AfD es forderte. Sensationell: Drei CDU-Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Damit stimmte die Unions-Fraktion nicht geschlossen gegen den AfD-Antrag.

544 Abgeordnete stimmten namentlich gegen den Antrag der AfD auf Einführung sofortiger umfassender Grenzkontrollen und Zurückweisung bei unberechtigtem Grenzübertritt. [84 stimmten dafür, drei enthielten sich.](#) Damit zwang die AfD die Altparteien, sich öffentlich zu einem höchst umstrittenen Punkt ihrer Flüchtlingspolitik zu positionieren. Die Abgeordneten hatten über einen ablehnenden Antrag des Innenausschusses abzustimmen. Interessant ist es, dass sich

drei Abgeordnete der Union enthielten. Dies waren Monika Bellmann, Sylvia Pantel und Klaus-Peter Willsch. Die Kanzlerin stimmte für die Politik der offenen Grenzen.

Der SPD-Abgeordnete Uli Grötsch legte sich noch einmal wie zur amtlichen Bestätigung fest: „Die umfassende und dauerhafte Kontrolle an deutschen Außengrenzen ist weder rechtlich möglich noch politisch gewollt“.

Zuvor hatte Dr. Gottfried Curio für die AfD zu Beginn seiner grandiosen Rede klargestellt, um was es geht: „Wer gegen den AfD-Antrag stimmt, will, dass Unberechtigte weiterhin die Grenzen nach Deutschland überschreiten und Schutzverfahren eröffnen können, einschließlich Dauerversorgung und jahrelangen Klagen.“

Curio hielt der Regierung unter Verweis auf die völlig aus den Fugen geratenen und nicht angewandten asylrechtlichen Regelungen vor: „Tatsächlich haben wir Binnenmigration, und deshalb müssen wir unsere nationalen Grenzen schützen, und nicht unsere Weihnachtsmärkte mit Betonpollern und Maschinenpistolen schmücken“.

Zur Schleuserkriminalität betonte der AfD-Mann: Auch die Auftraggeber von Schleusern seien kriminell. Wer sich schleusen lässt, wolle betrügen. Mit der Herrschaft des Unrechts müsse Schluss sein. Die Garantin dafür sei aber gerade inthronisiert worden, rief Curio mit Blick auf die Vereidigung der Bundeskanzlerin ins Plenum.

Curio geißelte die ständigen Rechtsbrüche bei den einschlägigen gesetzlichen Vorgaben und Regelungen. Aus einem sicheren Transitstaat wie der Türkei „fliehe“ man nicht nach Deutschland. Die „Asylbehaupter“ hier aufzunehmen sei auch kein Akt der Humanität. Mit denselben Aufwendungen könne einer vielfachen Menge vor Ort geholfen werden. Im Übrigen würden die Ärmsten nicht reisen.

Den Unterstützern der offenen Grenzen gehe es aber um den

Umbau der einheimischen Bevölkerung, kritisierte der AfD-Abgeordnete unter vielfachem Applaus seiner Fraktion. Die UN-Umbaupläne – Resettlement von Afrika nach Europa/Deutschland – habe die „Kanzlerin der Ausländer“ der Union ins Parteiprogramm geschrieben. Dem diene die bewusste Fehlbezeichnung „Flüchtling“ für Sozialmigranten, dem diene die Ummantelung der völligen Unmachbarkeit dieser Völkerverschiebung. Jährlich müssten über 50 Milliarden Euro dafür aufgewendet werden. „Das ist Diebstahl am deutschen Volk, das zerstört unsere Heimat.“

Curio zitierte den Historiker Heinrich August Winkler: „Die Willkommenskultur ist eine Selbstgefälligkeit deutscher Narzissten, die sich als Bessermenschen selbst vergötzen.“ Und forderte: „Was wir brauchen ist eine demokratische Willkommenskultur für Meinungsvielfalt auch und gerade im Bundestag.“

Curios Bilanz: Kommunen machten dicht, Integration sei gescheitert, aggressive Machokultur schon in den Schulklassen, aufgegebene Stadtteile, Vergewaltigungen, Morde. „Aber die Regierung setzt knallhart Ethikkurse dagegen.“ Sie habe massenweise archaische Gewalttäter ohne Not ins Land geholt, sagte Curio sarkastisch, aber auch „Fachkräfte“ importiert – für Messerattacken. Gewaltbereite Ausländer bedrängten deutsche Bedürftige an den Tafeln. „Abschiebungen retten auch Leben“, mahnte Curio.

Die Weiter-so-Regierung wolle Migration nicht bekämpfen, nur steuern. Sie habe bereits den Verlust des inneren Friedens auf dem Gewissen. „Ist das Schaden vom deutschen Volk wenden, gehört so jemand auf die Regierungsbank?“, fragte Curio. „Doch wohl eher auf die Anklagebank!“



Seehofer wieder Drehhofer: Der Islam gehört nicht zu Deutschland!

Von PETER BARTELS | Es ist die sechste (von acht) Fragen, die BILD-Reporter Ralf Schuler sich traute, dem neuen "Heimat-Minister" (Innenminister) Seehofer zu stellen: "Gehört der Islam zu Deutschland?" Und der Bayer Seehofer antwortete hochdeutsch: "Nein, der Islam gehört nicht zu Deutschland!"

Und fügte sogar gleich hinzu: "Deutschland ist durch das Christentum geprägt!" Dann (Ouuups!): "Dazu gehören der freie Sonntag, kirchliche Feiertage und RITUALE wie Ostern, Pfingsten und Weihnachten."

Wäre unsereiner Berater von Gauland oder sonst einem AfD-Adepten, würde man ihnen sofort die offene semantische Flanke zeigen und Seehofer wäre wieder Drehhofer: Kein deutscher, kein bayerischer Christ würde Ostern, Pfingsten oder Weihnachten ein "Ritual" nennen: Es waren, sind und bleiben die höchsten Feiertage des Christlichen Abendlandes. Gefeierte seit mehr oder weniger 2000 Jahren. Der Anfang und das Ende. Ob man "glaubt" oder nicht. Jedenfalls kein Ritual wie der "Tanz der Derwische". Und egal, wieviel Eier profitgeile Lidl-Osterhasen verstecken, profitbesoffene Coca-Weihnachtsmänner via Werbung und Hollywood in die Wohnzimmer schnulzen.

Und weil das natürlich auch ein "Christ" wie Seehofer weiß,

hat er hier in Wahrheit auch nur seiner Herrin im Berliner Bunker signalisiert: „Nur Bayern-Wahlkampf, Änschela, paßt scho‘; ich bin immer noch der, Dein Horschti.“ Der gute alte Drehhofer also. Seine RITUALE sind der taktische, sogar strategische “Point of return”, wenn’s nötig wird. Wenn also die süddeutsche Alpenpravda teuflisch “nachfragt”, Merkels linke Schranzen von ZEIT, FAZ, WELT, SPIEGEL, GEZ-TV ARD und ZDF. “Paßt scho‘, Änschela!” Drehhofer auf Wiedervorlage für den Berliner Bunker. Paßt scho‘, Änschela! Und der “Heimat”-Minister zwinkert den Schranzen ja auch in diesem BILD-Interview gleich von Amigo zu Amigo begöscherd zu: “Die bei uns lebenden Muslime gehören aber selbstverständlich zu Deutschland.”

Ein Halleluja für ein Allahu akbar: Da wird der ehemalige Bobby Car-Präsident, ein Ärmelschoner namens Wulff aus Niedersachsen, zwar etwas mucksch sein: hatte er doch einst auf türkischer Urlaubs-Dienstreise entdeckt: “Der Islam gehört zu Deutschland!” Und seine Herrin, die beflissene Musterschülerin Honeckers, hatte es bei passender Gelegenheit doch dann auch gepreußelt: “Der Islam gehört zu Deutschland!” Sei’s drum, ist Wahlkampf, Äntschie...

Gut, weder Juristen noch Physiker lernen während des Studiums was von deutscher Geschichte. Und die Deutsche Geschichte à la DDR fängt eh erst mit Thomas Münzers (1490-1525) Bauernkriegen an. Und was soll’s – die Physik im Arbeiter- und Bauernstaat war ja auch eher politisch, nicht



BILD-Titel vom 16. März.

wissenschaftlich. Sonst wüßte Frau Dr. Musterschülerin ja, was für ein grüner Schwachsinn die Erderwärmung, die grüne Energiewende, das grüne Diesel-Gate ist. Natürlich nur wissenschaftlich. Wie der Diesel-Dampf, der nur Menschen von 1 Meter Körperhöhe ins Näschen steigt. “Körperhöhe” ist

bekanntlich die neue BILD-Maßeinheit. Sie löst den mathematischen Terminus "Größe" ab, seit der verzwegte, Gottseidank schwule, Kevin hin und wieder Aufstände in der SPD [oder bei MAISCHE](#) macht.

Remember Point of return: Gleich im nächsten Satz bei BILD dreht Drehhofer dann auch prompt wieder bei: "... das bedeutet natürlich nicht, dass wir aus falscher Rücksichtnahme unsere landestypischen Traditionen und Gebräuche aufgeben". Man ist ziemlich sicher, Ralf Schuler ("Ich habe 20 Jahre DDR überlebt ...") hätte das gern vertieft, also fragen wir von PI-NEWS nach: Landestypische Traditionen wie Gamsbart und Lederhosen? ... Schuhplattler ohne Antanzen? ... Oktoberfest ohne Messer und Fikki-Fikki? ... Fronleichnam, Erntedank, Allerheiligen? Oder doch nur RITUALE wie Ostern, Pfingsten, Weihnachten? Herr Heimatminister, wie meinen?? Seufz! Stattdessen muß der gelernte DDR-Maurer Schuler, der erst im dekadenten, kapitalistischen Westen Journalist lernen durfte, fragen: "Brauchen wir wieder eine Islamkonferenz?"



Das große BILD-Interview mit Seehofer auf S. 2.

Man spürt geradezu die Erleichterung Seehofers. Jetzt – endlich – kann er die Maske fallen lassen: "Unbedingt! Die Islamkonferenz ist mir wichtig. Wir müssen uns mit den

muslimischen Verbänden an einen Tisch setzen und den Dialog suchen und da wo nötig noch ausbauen. Meine Botschaft lautet: Muslime müssen mit uns leben, nicht neben oder gegen uns. Um das zu erreichen, brauchen wir gegenseitiges Verständnis und Rücksichtnahme. Das erreicht man nur, wenn man miteinander spricht.”

Hugh, Häuptling Wendehals hat gesprochen! Also weiter Gipfelkreuze absägen. Weiter Altäre verwüsten. Weiter Glocken abstellen. Weiter Kreuze in Schulen, Ämtern und Gerichten abhängen. “Verständnis” eben. Minarette inklusive Moslem-Jodler. Burka statt Dirndl. Statt Königlich Bayerischem Amtsgericht jetzt Scharia. Schalalala! Aber auch ein bißchen Holdrio!!

Worum es Seehofer in Wirklichkeit geht, kurz bevor der arme Jesus sich auf Golgatha zum 2000. Mal kreuzigen läßt, ist durchsichtig wie Klößchenbrühe – um Wahlkampf!! Denn kaum war Drehhofers BILD-Interview ONLINE und Papier ... noch kurz bevor Thronfolger Markus Söder (“So wahr mir Gott helfe!”) das CSU-Königreich Bayern übernommen hatte, huschten die CSU-Häscher hektisch durch Facebook, Instagram und YouTube, bibbernd auf der Suche nach einem weiteren Beweis, wie die CSU den Wähler seit ewig am Nasenring über die Alm zerrt: Es geht um ein Video, das ausgerechnet den Marcus 2012 Arsch an Arsch (in Jeans!) mit Merkels Moslems in Allahs Festzelt zeigt. Da lauscht er ergriffen neben de fesche Dagmar Wöhrle den islamisch gewandeten neuen Herren, die laut Koran die Ungläubigen belügen dürfen, bis es quietscht. Er stellte sich sogar ans Rednerpult und dröhnte wie ein Alphorn: [“Der Islam ist mittlerweile ein Teil von Bayern!”](#)

Also gehört der Islam doch zu Deutschland, gell Horschti! Also was laberst Du da für “a’n Scheißdreck” in BILD? Allah? Alzi? Abtrennung der Bayern von Preußen? Dann bräuchtest Du

allerdings diesen ganzen Scheiß Wahlkampf nicht mehr. Dann kann der Söder Markus den Kini-Thron gleich für den letzten bayerischen Wahlsieger [Bystron Petr](#) räumen. Erstens spart das viel Geld, zweitens viel Zeit. Zeit, wenigstens jene Moslems, die längst als Erbschleicher abgeurteilt sind, dahin zu schicken, wo sie herkommen – notfalls dahin, wo der Pfeffer wächst.

Im übrigen: Syrien wartet händeringend auf Aufbauhelfer. Auch wenn die fette Warzen-Wachtel das nicht wissen kann: In Deutschland klopfen sogar die Frauen Steine aus den Trümmern. Nicht Türken!

Update 14.14 Uhr: Inzwischen hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Thema geäußert und Seehofer widersprochen. In dem [BILD-Artikel dazu gibt es auch eine Abstimmung](#) – von bislang 48.646 Usern haben mehr als 86% mit „Seehofer hat Recht. Der Islam gehört NICHT zu Deutschland.“ gestimmt.



Ex-BILD-Chef
Peter
Bartels.

[PI-NEWS-Autor Peter Bartels](#) war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Unter ihm erreichte das Blatt eine Auflage von 5 Millionen. In seinem Buch [„Bild: Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung“](#), beschreibt er, warum das einst stolze Blatt in den vergangenen Jahren rund 3,5

Millionen seiner Käufer verlor. Zu erreichen ist Bartels über seine [Facebook-Seite](#)!



Die „Auschwitz“-Motivation des Heiko Maas

Von WOLFGANG HÜBNER | Bei seinem Amtsantritt als neuer deutscher Außenminister hat der SPD-Politiker Heiko Maas geäußert: „Ich bin wegen Auschwitz in die Politik gegangen.“ Warum Maas das gerade zu dieser Gelegenheit extrem öffentlichkeitswirksam sagte, nicht aber schon Jahre zuvor, als er Justizminister wurde, oder noch früher als (erfolgloser) SPD-Spitzenkandidat im Saarland, ist ein Frage, deren Beantwortung zu versuchen schon deshalb reizt, weil Maas nun als Gesicht und Stimme Deutschlands durch die ganze Welt reisen wird. Nach Joseph Fischer (Grüne) hat Deutschland jedenfalls den zweiten Außenminister, der den nationalsozialistischen Massenmord an Juden politisch instrumentalisiert: Fischer für die militärische Intervention im ehemaligen Jugoslawien, Maas für die eigene politische Karriere.

Wie glaubwürdig ist das, wenn einer behauptet, „wegen Auschwitz“ in die Politik gegangen zu sein? Da nur Maas allein seine Motive wirklich kennt, gibt es zwei Vermutungen: Entweder er verbreitet in widerwärtig obszöner Weise eine

Lüge, um sich moralisch zu überhöhen und politisch so weit wie nur möglich zu immunisieren. Das wäre an charakterlicher Verkommenheit kaum zu übertreffen. Es wäre diesem eigentlich schon als Landespolitiker gescheiterten Gernegroß und Zensurminister aber auch durchaus zuzutrauen. Oder Maas glaubt und meint selbst, was er da zu einem verdächtigen Zeitpunkt mit verdächtigem Pathos sagt. Dann stellt sich allerdings die Frage, ob ein Politiker mit diesem Beweggrund geeignet ist, die Interessen seines Landes und seines Volkes im Ausland maximal zu vertreten.

Schaut man sich den Lebenslauf des 1966 geborenen Politikers an, dann deutet eigentlich sehr wenig darauf hin, dass „Auschwitz“ seine Entscheidung für die Politik bewirkt haben könnte. In einem aufschlussreichen Interview mit dem linksevangelischen Magazin „Chrismon“ aus dem Jahr 2016 hätte Maas aufgrund der dort an ihn gestellten Fragen zum Beispiel beste Gelegenheit gehabt, seine „Auschwitz“-Motivation darzulegen. [Dort aber ist zu lesen:](#) „Ich bin klassisch katholisch aufgewachsen, mit vielen Jahren als Messdiener und in der katholischen Jugend. Das, was ich heute als Solidarität im politischen Leben vertrete, hat viel mit dem zu tun, was ich als Nächstenliebe dort kennengelernt habe.“

Es gibt auch sonst keinen Beleg dafür, dass der 1989 erfolgte Eintritt von Maas in die damals von Oskar Lafontaine dominierte Saar-SPD, seine Juso-Aktivitäten und seine von drei schweren Wahlniederlagen gezeichnete politische Karriere im Saarland von der „Auschwitz“-Motivation geprägt worden sein könnte. Wenn dem gleichwohl so war, hat Maas das sehr lange sehr gut unter Verschluss gehalten. Für einen Politiker, der mehrfach an die Spitze eines Bundeslandes gelangen wollte, ist das eine bemerkenswerte Verschwiegenheit, die sehr im Gegensatz zu der glamourösen Offenherzigkeit steht, mit der Maas sich als Bundesminister in Berlin nach der Trennung von Ehefrau und zwei Kindern mit einer bekannten Fernsehschauspielerinnen der Öffentlichkeit präsentiert.

Der bekennende Parteilinke Maas hat als Justizminister im Merkel-Kabinett ab 2013 den „Kampf gegen Rechts“ und gegen die AfD mit besonderem Eifer betrieben. Es spricht viel für die Vermutung, Maas habe in diesem Amt seine „Auschwitz“-Motivation, ob nun gelogen oder ehrlich, deshalb in den Vordergrund gerückt oder gar erst entdeckt, um seine Jagd auf politisch Andersdenkende moralisch abzusichern. Doch ebenso wie sein früherer Amtsvorgänger Fischer den mit dem Namen „Auschwitz“ verbundenen Massenmord der rassistischen Nazi-Täter für eigene politische Legitimationszwecke missbraucht hat, ebenso tut das der linke Sozialdemokrat Maas, wenn er ausgerechnet zum Amtsantritt als Außenminister ein im deutschen Namen verübtes Verbrechen als politische Motivation angibt.

Im Ausland wird das selbstverständlich sehr genau registriert. Gerade in den wichtigsten Machtzentren der Welt, also Washington, Peking, Moskau, London oder Paris, aber auch in den deutschen Nachbarländern und der gesamten EU weiß man nun, demnächst einem Politiker zu begegnen, der, ob nun ehrlich oder nicht, mit dem speziell deutschen Schuldkomplex eines schuldlos nachgeborenen anreist. Das wird Folgen haben. Ob diese Folgen im Sinne und im Interesse der inzwischen mindestens 98 Prozent schuldlos nachgeborenen Deutschen sein werden, darf füglich bezweifelt werden.



Hübner auf
der Buch-
messe 2017

in
Frankfurt.

[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der 71-jährige leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.



Protest gegen Pegida: In München fühlen sich Patienten als „Ärzte“

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Es ist immer ein bedenkliches Zeichen für den Geisteszustand der Betroffenen, wenn Patienten zu der Überzeugung kommen, sie seien „Ärzte“. In diesem Fall hat sich in München die versammelte erste Garde der Realitätsverweigerer, Islamverharmloser, Bunt-Traumtänzer, Willkommens-Fanatiker, Flüchtlings-Fetischisten, Bahnhofsklatschpappen, Aluhut-Träger und Offene-Grenzen-Jubler [zusammengetan](#), um Pegida den gesunden Menschenverstand beizubringen. Wenn es die Narren vom Aktionsbündnis „Bellevue di Monaco“ nicht absolut Ernst meinen würden, könnte man glatt

von einer gelungenen Parodie sprechen.

Was Pegida seit nunmehr dreieinhalb Jahren fordert, sickert zumindest laut Lippenbekenntnissen einzelner etablierter Politik-Darsteller immer stärker in das Regierungsdenken ein. Der frischgebackene Deutsche Innenminister Seehofer versucht nun auch so langsam [an die Realität heranzurobben](#), indem er seine in Bezug auf den Islam völlig ahnungslose Kanzlerin korrigiert.

Dabei ist er allerdings noch zu feige, zu erklären, warum diese faschistische Ideologie im Deckmantel einer „Religion“ NICHT zu Deutschland gehört und führt lediglich die christliche Prägung unseres Landes als Grund an. Damit springt Merckels Bettvorleger natürlich viel zu kurz. Sein Nachfolger als Bayerischer Ministerpräsident hatte noch 2012 bei der Nürnberger DITIB [das Gegenteil bekundet](#), indem er den Islam als „Bestandteil Bayerns“ erklärte. Damals gab es noch keine Pegida und keine AfD, um diesen Islam-Kollaborateuren auf die Finger zu klopfen.

Das linke und linksextreme Lager ist immer noch von betonharten Dickschädel übersät, die sich hartnäckig weigern, die Realitäten zu erkennen. Manche dieser Blindgänger versuchen hierbei ihre Argumentationslosigkeit zu kompensieren, indem sie kiloweise mit Sprengstoff und Chemikalien herumhantieren, wie es jetzt [in Thüringen aufflog](#). Bezeichnenderweise ist einer dieser linken „Aktivisten“ auch noch Mitglied des Bündnisses „Zivilcourage und Menschenrechte“ im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt. Diese linken Straßenterroristen verstecken sich häufig in Organisationen mit wohlklingenden Namen, um aus dem 100-Millionen-Euro-Topf des unsäglichen „Kampfes gegen Rechts“ gefüttert zu werden.

In München begnügen sich die Linksgestörten zunächst damit, sich als „Ärzte“ zu verkleiden und gemeinsam gegen die Realität anzusingen, wie die [Süddeutsche Zeitung meldet](#):

Größer, bunter und fantasievoller wird jedenfalls der von Parteien, Gewerkschaften, Kultureinrichtungen und zahlreichen Initiativen getragene Protest gegen den rechten Umzug werden. Auf dem Max-Joseph-Platz werden von 13.30 Uhr an mehr als 35 Ensembles vom Münchner Kneipenchor über den Attac-Chor bis zum Kirchenchor von Sankt Hildegard in Pasing gegen Pegida ansingen. Auch „München ist bunt“ ist dabei. Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) wird die Chorprobe um 13.30 Uhr eröffnen.

Dieses Aktionsbündnis scheint sich in einem linksideologisch völlig abgeschotteten Parallel-Universum zu leben, [dokumentiert](#) von der Jungen Welt:

»Die offene Gesellschaft zeigt erste Symptome eines pathologischen Befalls«, heißt es in einem weiteren Demonstrationsaufruf von »München ist bunt« und der Sozialgenossenschaft »Bellevue di Monaco«. »Wir lindern die historische Demenz und kurieren dumpfe Gefühle« – mit »gesundem Menschenverstand«. Dazu sollen sich Münchner als Ärzte verkleiden und die »anreisenden Herrschaften als bunter Ärztechor aus Münchnerinnen und Münchnern mit Blumen und Genesungswünschen begrüßen«. Auf dem Demonstrationsaufruf sind etwa fünf Dutzend prominente Münchner, vor allem Kulturschaffende und Stadträte, als Ärzte abgebildet. Die Aktion soll Pegida lächerlich machen.

Laut tz kommt neben dem Oberbürgermeister Reiter auch sein Vize Josef Schmid von der CSU, der entgegen der Tatsachen das Pegida-Original [unverschämterweise verleumdet](#):

„Braune Rattenfänger haben in unserer Stadt und in unserem Land keinen Platz. Deswegen unterstütze ich die Aktion aus der Mitte der Münchner Stadtgesellschaft.“

Schmid wird am Samstag von mir zu hören bekommen, dass er ein

absoluter Heuchler und Opportunist ist. Als ich noch in der CSU aktiv war, sagte er mir im Rahmen des Schwabinger Fischessens am 19.2.2010 vor Zeugen, dass der Koran ein „Handbuch zum Kriegführen“ sei. Er kennt also die Fakten, reiht sich aber trotzdem in die von oben verordnete Politik des Islam-Appeasements ein. Das ist eine üble Verantwortungslosigkeit, die auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen wird, die gemessert, vergewaltigt, beraubt, von LKWs überwalzt und anderswie von fanatischen Mohammedanern getötet wird.

Die Riege der städtischen Islam-Kollaborateure wird am Samstag auch noch mit der Dritten Bürgermeisterin komplettiert:

Bürgermeisterin Christine Strobl (SPD) erklärt: „Ich werde zwar nicht im Kittel kommen, aber ich werde zu der Demo gehen. Ich möchte zeigen, dass solche Meinungen in München keinen Platz haben und eine große Zahl der Münchnerinnen und Münchner eine andere Auffassung haben.“

All diesen verwirrten Traamtänzern verabreichen wir am Samstag das hochdosierte Pegida-Medikament gegen ihre geistige Krankheit der sturen Realitätsverweigerung und faktenleugnenden politischen Korrektheit.

In den Medien wird derzeit spekuliert, was die Motive von Pegida Dresden sein könnten, ihre am längsten agierende Bürgerbewegung in der europäischen Geschichte wieder in München zu etablieren. Bekanntlich wurde nach dem hoffnungsvollen Start von Bagida im Januar 2015 das Projekt von der nicht-autorisierten Truppe „Pegida München e.V.“ [Ende April 2015 gekapert](#). In der SZ ist zu lesen:

Der Pegida-Umzug am Samstag ist Importware. Dem Mitgründer der rechten Gruppierung und seinem Münchner Mitstreiter Stürzenberger ist es schon lange ein Dorn im Auge, dass der Begriff Pegida in München von Heinz Meyer gekapert wurde. Offiziell heißt es, man wehre sich dagegen, dass Pegida in

München unter Meyer zu einem Treffpunkt Rechtsradikaler geworden sei. In Wirklichkeit dürfte es beim Ausflug von „Pegida Dresden“ nach München aber wohl um die Deutungshoheit im rechten Lager gehen.

Diese Kaperung durch Heinz Meyer ist nicht nur offiziell, sondern auch inoffiziell der Grund. Die tiefe innere Überzeugung, die politischen Richtlinien und nicht zuletzt auch der Ruf des Mutterschiffs Pegida Dresden wurden durch die braunen Umtriebe der Truppe um Heinz Meyer zutiefst beschädigt. Wer einen bekennenden Hitler-Verehrer und überzeugten National-Sozialisten wie Karl Richter als Redner und sogar Versammlungsleiter einsetzt, der auch noch in seiner totalitären Grundüberzeugung den Islamfaschisten Erdogan für seine diktatorischen und gesetzeswidrigen Willkürmaßnahmen lobt, hat nichts mehr mit der demokratischen Bewegung Pegida gemein.

Zudem hatte Meyer den verurteilten Nazi-Terroristen Karl-Heinz Statzberger als Redner engagiert, der wegen eines geplanten Sprengstoff-Anschlages auf das jüdische Zentrum in München vier Jahre und drei Monate im Gefängnis saß. Der Haupttäter Martin Wiese wurde damals zu sieben Jahren Haft verurteilt, und genau zu diesem Wiese soll Heinz Meyer Verbindungen haben oder gehabt haben, weswegen die Generalbundesanwaltschaft gegen ihn wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt.

Meyer ist auch Gründungsmitglied der „Bayerischen Schießsportgruppe München e.V.“, deren Name verdächtig nach der Nazi-Truppe „Wehrsportgruppe Hoffmann“ klingt, die als terroristische Vereinigung im Januar 1980 verboten wurde. Gegen die Schießsportgruppe München wurde ebenfalls ein [Ermittlungsverfahren eingeleitet](#). Da verwundert es nicht, dass sich Meyer bei einer Kundgebung auch noch des [NSU-Motivs Paulchen Panther](#) bediente.

Man gab sich in den vergangenen Monaten nicht einmal mehr die Mühe, seine wahre Gesinnung zu verbergen. So äußerte auch Statzberger in einer Rede bei Pegida München e.V., dass nicht der Islam das Problem sei, sondern die vielen „kulturfremden“ Ausländer in Deutschland. Dies liegt ganz auf der Linie der damaligen National-Sozialisten, die den Islam als kriegerische Ideologie schätzten und einen Pakt mit ihm schlossen.

Mit diesem braunen Treiben unter dem Label von Pegida muss jetzt endgültig Schluss sein. Es gibt in München nur eine autorisierte Gruppe von Pegida Dresden, und das ist diejenige, die am Samstag auf dem Münchner Marienplatz auftritt. Extremistische national-sozialistische, international-sozialistische und natürlich auch islam-faschistische Demokratiefeinde sind dort absolut fehl am Platze.

All jene, die bei Hitlerfilmen – je nach Geschlecht – ein enges oder feuchtes Höschen bekommen, sollen ihre eigenen Kundgebungen veranstalten, sich aber von Pegida weit fernhalten. Am Samstag sind totalitär eingestellte Personen, die eine Diktatur errichten und ihre politischen Gegner ins Gefängnis werfen wollen, definitiv unerwünscht und haben mit Pegida nichts gemein. Wir stehen für einen demokratisch-parlamentarischen Diskurs, bei dem sich am Ende das bessere Argument und nicht die härtere Faust durchsetzt.

In diesem Sinne ist Pegida – das Original – in München in der Tradition der freiheitlichen 1848er-Demokratiebewegung eines Robert Blum, der Widerstandsgruppe Weiße Rose, die wir auch am 7.7.2012 in Stuttgart wiedergründeten und der Kämpfer gegen verbrecherische Diktatoren wie einem Claus Schenk Graf von Stauffenberg.

Alle demokratisch eingestellten Patrioten sind herzlich eingeladen, uns am Samstag um 15 Uhr auf dem Marienplatz und dem anschließenden Spaziergang durch die Altstadt zu begleiten. Es ist höchste Zeit, dass sich aus der Mitte der Gesellschaft und den rechtskonservativen Kräften dieses Landes

ein kräftiger Widerstand auf der Straße etabliert, um dem brandgefährlichen Irrweg von Merkel & Co ein Ende zu setzen.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier. Von 2009 bis 2011 versuchte er im dortigen Integrationsausschuss vergeblich die Islamkritik zu etablieren. Im Mai 2011 wechselte er zur Partei „Die Freiheit“, wo er ab 2012 bayerischer Landesvorsitzender und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender war. Seine [Youtube-Videos](#) haben über 22 Millionen Zugriffe. Zu erreichen über [Facebook](#).



Martin Lichtmesz: Per Leo zur Leipziger Buchmesse

Per Leo, Co-Autor des Buches [Mit Rechten reden](#), hat im [Freitag](#) einen Kommentar zur Leipziger Buchmesse und den dortigen „Verlage-gegen-Rechts“-Zirkus veröffentlicht.

Er mahnt darin das empörte Volk zur Coolness, wirkt dabei allerdings selbst ziemlich verbissen. Er hat etwas zu zerkauen, etwas abzuarbeiten an den Rechten. Wie schon in seinem Buch müht er sich ab, mit einem Phänomen fertigzuwerden, von dem er seltsam fasziniert zu sein scheint.

Seine Argumentation folgt aus den Thesen von *Mit Rechten reden* (zu deren Kritik siehe [hier](#), [hier](#), [hier](#) und [hier](#)).

Kurz gefaßt: Empörung über ihre „Provokationen“ mache die Rechte stark, ergo müsse man ihnen nur gelassen begegnen, damit ihnen die Heißluft ausgehe.

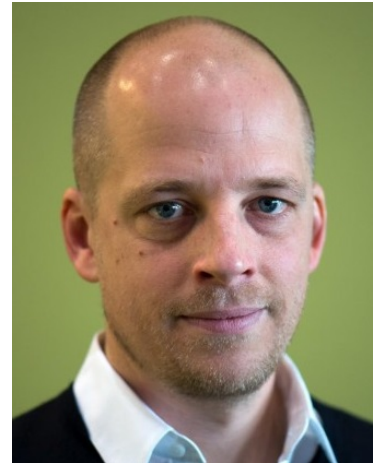
Das Dilemma des „Kampfes gegen Rechts“ laute:

Entweder, so ließe es sich umschreiben, ihr nehmt unsere Präsenz auf der Buchmesse hin; dann sind wir der »rechtsintellektuellen Normalität«, um die es uns geht, einen guten Schritt näher gekommen. Oder ihr macht uns zum Dauerthema, zum Skandal, zum Objekt eurer Störungen; dann betreibt ihr unfreiwillig unser Geschäft.

Dem stimme ich zu, allerdings möchte ich anmerken, daß all dies keineswegs so eine „Riesengaudi“ ist, wie Leo es hinstellt; und der „Skandal“ allein reicht nicht, um ein erfolgreiches „Geschäft“ zu betreiben, es bedarf auch einer tragfähigen Substanz, weshalb eine alternative Strategie die Bagatellisierung und Lächerlichmachung ist, wie sie etwa Ulf Poschardt neulich [apropos Uwe Tellkamp](#) betrieb, als er vom

„vollkommen überschätzten Theorie-Ramschladen der Rechten, dem sogenannten Antalya-Verlag von Ruth Kubitschek (oder so)“ schrieb.

Auf dieses Dilemma gäbe es nach Leo vier Reaktionen:



Im Dilemma: Per Leo.

1. Ignorieren und weiter feste druff à la Antifa, was letztere wie eine SA-Truppe dastehen läßt. Bringt nichts, insbesondere wenn es schlau gekontert wird.

2. Herumeiern à la #verlagegegenrechts oder weiland der Deutsche Börsenverein und „Aussteller wie Antaios irgendwie akzeptieren, aber irgendwie auch nicht“. Das Ergebnis führt zum „performativen Widerspruch, im Namen von ‚Vielfalt und Meinungsfreiheit‘ nicht für, sondern gegen den Einschluss einer unliebsamen Meinung zu protestieren“. Und mit insgesamt 13 Veranstaltungen, „auf denen die ‚demokratische‘ Gesinnung viel Messeraum und Messezeit zur Selbstdarstellung einnehmen wird“, wird all dem, was „von ‚rechts‘ bejaht wird“ per Negation reichlich Raum und Schallverstärkung gegeben.

3. Der dritte Ansatz wäre „kollektives Beschweigen“, also Totschweigen, das aber „leider [sic] nur in Diktaturen organisierbar“ sei. Das wäre Leo am liebsten, und hier malt er aus, wie lächerlich der böse Verlag plötzlich dastehen würde,

wenn sich kein Mensch für ihn interessieren würde. Das wäre quasi der Herkules-Griff, der den Riesen Antaios hochhebt und ihm den lebensspendenden Kontakt mit dem Boden entzieht.

Ohne ihre Feinde wären die Rechten schließlich auf sich selbst zurückgeworfen. Wie das aussähe, ließ sich in den ruhigeren Momenten der Frankfurter Buchmesse erahnen. An ihrem Stand mussten die Antaios-Mitarbeiter quasi im Minutentakt maschinengetippte Manuskripte zurückweisen, die ihnen deutsche Greise zur Veröffentlichung anboten. Und auf ihren Podien mussten sie sich notgedrungen mit sich selbst unterhalten, was meist unbeholfen wirkte, zuweilen aber auch sehr komisch. (...) So sähe sie aus, die hart erkämpfte rechtsintellektuelle Normalität auf der Buchmesse: Allein unter 7.300 Ausstellern, Horden von Esoterikomas auf Klosterfrau Melissengeist und der kleine, böse Akif. Stress ohne Ende, null Adrenalin.

Hier ist der Wunsch Vater des Gedankens von Gevatter Leo. Leo hat sich in Frankfurt ein, zweimal am Antaios-Stand blicken lassen, und zwar noch in den eher ruhigeren Tagen vor dem Wochenende. In den drei Tagen, an denen ich dabei war, herrschte bei uns ständig Betrieb und Besuch, es gab viele und gute Gespräche mit Lesern und Auseinandersetzungen mit Gegnern, und ich für meinen Teil bin keinem einzigen deutschen Greis begegnet, der mir ein maschinengetipptes Manuskript anbot.

Auf dem Podium haben wir exakt dasselbe getan, was auch die anderen Verlage vor uns getan haben, die sich ebenfalls mit ihren eigenen Autoren unterhalten haben. Und was den Auftritt von Pirincci betrifft, eine Verschnaufpause zwischen zwei Antifaattacken, so verschweigt Leo den klitzekleinen Umstand, daß der Zuschauerbereich gerammelt voll war und aus allen Nähten platzte. Also meinethalber können wir es weiter auf die „rechtsintellektuelle Normalität“ ankommen lassen, mir wäre es allemal lieber gewesen, in Ruhe mein Buch vorzustellen, als in

den Populistenmodus übergehen und gegen Antifachöre anschreien zu müssen.

(Fortsetzung des lesenswerten Artikels von Martin Lichtmesz auf sezession.de)

» Siehe auch PI-NEWS v. 15.3.: [Schützt die Verlage – Auf nach Leipzig zur Buchmesse!](#)



Wien: Tötungsversuch von „Allah“-Anhänger an Wachsoldaten

Wien: Bei der wüsten Messerattacke in der Nacht auf Montag – ein Wachesoldat vor Irans Residenz in Wien musste zur Schusswaffe greifen – dürfte es sich laut „Krone“-Informationen um eine terroristisch motivierte Tat handeln. Aber auch religiöse Motive oder psychische Probleme stehen im Raum. Der getötete Angreifer, Mohamed E., war 26 Jahre alt und besaß die österreichische Staatsbürgerschaft. Er war hier geboren worden und aufgewachsen. Seinen Wohnsitz hatte er in Wien, er lebte bei seiner Mutter. Ursprünglich stammt seine Familie aus Ägypten. Laut Polizeiangaben habe der 23-jährige Korporal berichtet, der Mann habe sich „sehr verdächtig

verhalten“. Um 23.30 Uhr zog der Angreifer das Messer und stürmte auf den jungen Wachsoldaten vor dem iranischen Residenzgebäude in Hietzing los. Ein Wachhäuschen oder Ähnliches wie bei manchen anderen derartigen Objekten existiert dort nicht.

Der iranische Botschafter hatte sich zum Tatzeitpunkt mit seiner Frau und zwei Kindern in der Villa aufgehalten. Es kam zum Gerangel, beide Männer kamen zu Sturz. Wie von Sinnen stach der 26-Jährige immer wieder auf den Soldaten ein. Ohne die Schutzweste „wäre er tot gewesen, hundertprozentig“, stellte Polizeisprecher Harald Sörös später fest. Nach vergeblichen Abwehrversuchen, u.a. mit dem Pfefferspray, habe der Wachposten einen Warnschuss bzw. „einen Schuss ins Leere“ abgegeben, erläuterte Michael Bauer, Sprecher des Verteidigungsministeriums. Danach fielen noch zumindest drei weitere Schüsse, seines Wissens sei der Angreifer zwei Mal getroffen worden. Tödlich getroffen sackte Mohamed E. zusammen. Der Soldat wurde mit einer Schnittwunde am Oberarm sowie am Knie und einem schweren Schock ins Spital gebracht. Nach vergeblichen Abwehrversuchen, u.a. mit dem Pfefferspray, habe der Wachposten einen Warnschuss bzw. „einen Schuss ins Leere“ abgegeben, erläuterte Michael Bauer, Sprecher des Verteidigungsministeriums.

Danach fielen noch zumindest drei weitere Schüsse, seines Wissens sei der Angreifer zwei Mal getroffen worden. Tödlich getroffen sackte Mohamed E. zusammen. Der Soldat wurde mit einer Schnittwunde am Oberarm sowie am Knie und einem schweren Schock ins Spital gebracht. Derzeit laufen intensive Ermittlungen. Wie die „Krone“ erfuhr, dürfte die Tat extremistisch motiviert gewesen sein. Ob der 26-Jährige allerdings auf eigene Initiative gehandelt hat oder gar einer terroristischen Gruppe zuzuordnen ist, all das muss nun von der Polizei geklärt werden. Ein extremistischer Hintergrund, religiöse oder politische Motive bis hin zu psychischen Problemen kämen laut Polizei infrage. Das Leben des jungen

Austro-Ägypters scheint sich demnach größtenteils um Religion gedreht zu haben. So stand auch „Allah“ auf seinem Facebook-Profil-Foto und er folgte mehreren einschlägigen Hasspredigern. (Auszug aus einem Artikel von [Krone.at](#))

Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl weiterer gewalttätiger „Bereicherungen“ der letzten Zeit, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.

Köln: Völlig grundlos haben zwei Jugendliche (14, ??) am gestrigen Nachmittag (12. März) im Kölner Stadtteil Nippes zwei andere Jugendliche (15, 17) angegriffen und verletzt. Ein 14-Jähriger stach dabei mit einem Messer zu. Nach seinem Mittäter wird gefahndet. Die Polizei bittet um Zeugenhinweise. Gegen 16.30 Uhr waren die späteren Opfer an der KVB-Haltestelle „Neusser Straße/Gürtel“ vom Hochgleis der Linie 13 auf dem Weg nach unten, als sie auf der Zwischenebene zwei männlichen und einer weiblichen Jugendlichen begegneten. „Einer von ihnen sagte, ich solle nicht so lachen – dabei habe ich gar nicht gelacht“, gab der 17-Jährige später gegenüber der Polizei an. Plötzlich kam einer aus der Gruppe auf die Beiden zu und schlug ihnen mit der flachen Hand ins Gesicht. Währenddessen zückte sein Begleiter ein Messer und stach dem 17-Jährigen in den Oberschenkel. Daraufhin flüchtete das Trio. Ermittlungen ergaben, dass es sich bei dem Messerstecher um einen polizeibekanntem Intensivtäter handelt. Sein flüchtiger Mittäter hat ein [südländisches Aussehen](#) und ist 1,65 bis 1,70 Meter groß. Er ist etwa 17 Jahre alt und hat eine kräftige Statur. Zum Tatzeitpunkt trug er eine Jeanshose und eine Jeansjacke. Ihre Begleiterin hatte schwarz-braune, etwa schulterlange Haare.

Ludwigshafen: Am frühen Sonntagmorgen zwischen 3:30 und 3:50 Uhr begaben sich ein 20-jähriger Mann und eine 24-jährige Frau aus Ludwigshafen auf den Heimweg aus einer Gaststätte in der Oberstraße. In der Knappenwegstraße trafen beide auf eine Gruppe von 3-4 männlichen, [ausländisch sprechenden](#) Personen,

von welchen sie in der Folge grundlos angegriffen worden seien. Als sich der 20-jährige in dem Gerangel zur Wehr setzen wollte, schlug er mit der Hand an eine Mauer und verletzte sich hierbei. Anschließend entfernte sich die Personengruppe in Richtung Maudacher Straße. Kurz darauf stellte der junge Mann aus Ludwigshafen fest, dass er eine ca. 4cm lange und 2cm tiefe Schnittverletzung an seinem Oberschenkel hat. Auf Grund dieser Verletzung wurde er in ein Krankenhaus eingeliefert. Bislang gibt es keine konkreten Hinweise auf die Täter. Zeugenhinweise bitte an die Polizeiinspektion Ludwigshafen 1 unter der 0621 963-2122.

Chemnitz: Am Sonntag (11. März 2018) kam es gegen 21.30 Uhr in der Straße Am Rathaus zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe von fünf bis sechs unbekanntem jungen Männern und zwei weiteren Personen (m/53, m/33). Infolgedessen wurde die Auseinandersetzung handgreiflich. Die Unbekannten schlugen auf den 53-Jährigen ein, worauf dieser stürzte und sich verletzte. Als sein 33-jähriger Begleiter eingreifen wollte, schlugen sie auch auf ihn ein. Dabei wurde auch er verletzt. Im Anschluss der Auseinandersetzung flüchteten die unbekanntem Männer in Richtung Reitbahnstraße. Bei der Gruppierung handelt es sich laut der Geschädigten um [ausländische Personen](#). Konkrete Personenbeschreibungen liegen noch nicht vor. Die beiden Verletzten wurden in ein Krankenhaus gebracht und dort ärztlich versorgt.

Wels: Eine zehnköpfige Gruppe von Kindern im Alter von acht bis zwölf Jahren soll sechs Jugendliche in einem Welser Freizeitpark attackiert und einen leicht verletzt haben. Laut Ermittlern habe ein Zwölfjähriger sogar ein Messer gezückt und die Schüler mit dem Umbringen bedroht. Die Landespolizeidirektion OÖ informierte am Mittwoch über den Vorfall vom Sonntag. Am Sonntagnachmittag sollen zunächst vier Kinder im Alter von acht bis zehn Jahren im Welser Stadtteil Vogelweide eine Zeitungskasse von einem Laternenmasten gerissen haben. Als sie ein Passant zur Rede stellte, liefen

sie in Richtung der Freizeitanlage Wimpassing davon. Wenig später ging bei der Polizei ein Notruf ein, dass in der Anlage eine größere Rauferei zwischen Kindern und Jugendlichen im Gange sei. Als plötzlich drei Streifen auftauchten, liefen die Kinder davon, wurden aber von den Beamten im Park gestellt.

Laut Polizei bestand die Angreifergruppe aus neun Buben und einem Mädchen im Alter von acht bis zwölf Jahren – jene Kinder, die die Zeitungskasse heruntergerissen hatten, sowie sechs weitere. Großteils handle es sich um **Tschetschenen**. Der Zwölfjährige, der das Messer mit rund fünf Zentimetern Klingenlänge gezogen haben soll, war bereits vorher amtsbekannt. Die Angegriffenen waren demnach sechs Burschen im Alter von zwölf bis 14 Jahren aus Gunskirchen. Einer von ihnen trug eine leichte Verletzung an der Lippe davon. Die Zeitungskasse wurde sichergestellt, das Messer blieb allerdings verschwunden. Laut Polizei habe der Zwölfjährige aber zugegeben, dass er eines gehabt habe. Er dürfte es auf einer sumpfigen Böschung entsorgt haben, wo es nicht mehr gefunden werden konnte. Die zehn Kinder wurden zwar bei der Staatsanwaltschaft angezeigt, sie sind aber noch nicht strafmündig. Deshalb erfolgten auch Meldungen an die Jugendwohlfahrt sowie an das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl. (Artikel übernommen von [Kurier.at](https://www.kurier.at)).

Saalfeld: Wegen des Verdachts der Körperverletzung und der Beleidigung ermittelt die Saalfelder Polizei aktuell gegen zwei junge Asylbewerber in Saalfeld. Mehrere Zeugen riefen am Sonntagnachmittag die Polizei zu Hilfe, als sie nach ihren Schilderungen im Saalfelder Ortsteil Crösten durch [mehrere ausländische Jugendliche](#) belästigt und beschimpft wurden. Unter anderem soll dabei ein 16-jähriger Afghane im Streit einem 27-jährigen Deutschen ins Gesicht geschlagen und dessen Halskette zerrissen haben. Die Polizei stellte vor Ort die Personalien der Beteiligten fest und fertigte mehrere Strafanzeigen. Gegen den 16-Jährigen wird nun wegen des Verdachts der Körperverletzung und der Sachbeschädigung

ermittelt. Den Minderjährigen nahmen die Beamten außerdem in Gewahrsam und übergaben ihn im Anschluss dem zuständigen Betreuungspersonal, da er bereits seit Samstag gesucht wurde. Gegen einen 18-jährigen Afghanen fertigten die Beamten eine Anzeige wegen des Verdachts der Beleidigung. Er beleidigte die Polizisten, indem er ihnen öffentlich seinen Mittelfinger zeigte.

„Schutzsuchende“ prügeln Polizisten dienstunfähig

Nürnberg: Mehrere Jugendliche haben in Schwabach-Limbach (Bayern) zwei Polizisten attackiert und so schwer verletzt, dass beide dienstunfähig sind! Wie die Polizei mitteilte, waren die Beamten am Freitagabend alarmiert worden, weil angeblich vier Jugendliche in einer S-Bahn randalierten. Die Streifenbesatzung konnte das Quartett an der Haltestelle Schwabach-Limbach stellen. Beim Versuch, die Papiere zu kontrollieren, seien die Jugendlichen – drei 18-Jährige und ein 16-Jähriger Asylbewerber aus Afghanistan – aggressiv geworden und hätten die Herausgabe der Ausweise verweigert, hieß es. Der 16-Jährige und ein 18-Jähriger hätten daraufhin einen Beamten angegriffen und mit den Fäusten gegen den Kopf geschlagen. Der 18-Jährige verpasste dem Polizisten demnach auch einen Kopfstoß. Dieser erlitt erhebliche Gesichtsverletzungen. Zusätzlich wurde eine Beamtin bei der Festnahme verletzt, als sie stürzte und auf den Rücken fiel. Auch sie musste ihren Dienst vorzeitig beenden. Erst mit einer weiteren Streifenbesatzung gelang es, die Situation unter Kontrolle zu bringen und die betrunkenen Jugendlichen festzunehmen. Die Angreifer erhielten Strafanzeigen unter anderem wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und gefährlicher Körperverletzung. Der 16-Jährige wurde einem Sozialarbeiter übergeben, die Älteren wurden nach ihrer Ausnüchterung entlassen. (Artikel übernommen von [Bild-online](#)).

Kurden werfen Steine auf Polizisten

Hamburg: Am Samstagabend sind mehr als 400 Kurden vom

Hauptbahnhof durch die Innenstadt gezogen. Dabei riefen sie Anti-Erdogan-Parolen und beschmissen das türkische Konsulat sowie Polizisten mit Steinen. Am Steindamm kam es dann zum Aufeinandertreffen mit nationalistischen Türken. Laut Polizeiangaben zogen mehr als 400 kurdische Demonstranten am späten Samstagabend in einer nicht angemeldeten Demonstration vom Hachmannplatz erst in Richtung des russischen, dann zum türkischen Konsulat. Dort beschmissen einige Teilnehmer das Gebäude mit Steinen. ... Die Demonstranten äußerten lautstark ihren Unmut gegenüber der türkischen Regierung um Machthaber Recep Tayyip Erdogan. Grund dafür ist unter anderem das Vorgehen des türkischen Militärs gegen Kurden in Afrin im Nordwesten Syriens. Um 23.30 Uhr löste sich der Großteil der Demonstration unter den Augen von Polizisten am Hauptbahnhof auf. Die meisten zogen von dannen – doch mehrere aufgebrachte Demonstranten hatten noch nicht genug: Sie stiegen auf die Gleise, bewaffneten sich mit dort liegenden Steinen, warfen sie auf Polizeibeamte. Als diese eingreifen wollten, flüchteten die Steinwerfer. (Auszug aus einem Artikel der [Hamburger Morgenpost](#)).

„Schutzsuchende“ sind gegenüber der Polizei „aufgebracht“

Donaueschingen: Am Samstagabend ist es gegen 23.25 Uhr zu einer Schlägerei zwischen Asylbewerbern und Sicherheitskräften in der Donaueschinger Asylunterkunft in der Friedhofstraße gekommen. Vier alkoholisierte Schwarzafrikaner gerieten beim Betreten des Geländes mit dem Sicherheitspersonal in Streit. In der weiteren Folge kam es zu Handgreiflichkeiten. Durch das laute Geschrei wurden eine Vielzahl von Bewohnern auf die Auseinandersetzung aufmerksam. Es bildete sich ein Tumult aus Bewohnern der Asylunterkunft und den Sicherheitskräften. In der aufgeheizten Stimmung standen der hinzugerufenen Streifenwagenbesatzung rund 70 aufgebrachte Bewohner der Unterkunft entgegen. Erst als die Polizei kurze Zeit später mit fünf weiteren Streifenbesatzungen und zweier Polizeihundeführer eintraf, konnte die Lage zusammen mit 28

Mitarbeitern des Sicherheitsunternehmens beruhigt werden. Die Einsatzkräfte wurden aus der Menge heraus verbal beleidigt. Mehrere Personen der Gruppe streckten den Ordnungshütern ihr entblößtes Hinterteil entgegen. Die Ermittlungen der Polizei dauern derzeit an.

Körperliche und verbale Auseinandersetzungen zwischen „Schutzsuchenden“

Esslingen: Im Verlauf von Einsatzmaßnahmen anlässlich einer Auseinandersetzung unter mehreren Flüchtlingen wurde ein Polizeibeamter des Polizeirevier Esslingen am späten Freitagnachmittag, kurz nach 19 Uhr, verletzt. Vorausgegangen waren körperliche und verbale Auseinandersetzungen zwischen mehreren Bewohnern einer Flüchtlingsunterkunft in der Schorndorfer Straße, die eine Anfahrt von mehreren Streifenwagenbesatzungen erforderlich machten. Da sich einer der Aggressoren nicht beruhigen ließ, wurden ihm von den Beamten Handschließen angelegt. Dies missfiel offenbar einem 26-jährigen Iraker, der seinem Mitbewohner zu Hilfe kommen wollte und die Amtshandlung der Beamten massiv störte. Schlussendlich konnte der 26-Jährige mit erheblichem Kraftaufwand auf den Boden gebracht und ebenfalls mit Handschließen geschlossen werden. Hierbei erlitt ein 28-jähriger Polizeibeamter Verletzungen an der Hand, die zur Dienstunfähigkeit führten.

Migrantler-Familie „bereichert“ sich gegenseitig und Polizisten / Sanitäter

Vöhrum: Alarm in Vöhrum: Ein heftiger Familienstreit mit 15 Beteiligten hat am Sonntagmittag in der Rilkestraße zu einem Großeinsatz von Polizei und Rettungsdiensten geführt. Beim Streit wurden auch Schlagstöcke und Messer benutzt. Insgesamt wurden acht Menschen verletzt, darunter zwei Polizisten und ein Sanitäter. Gegen 12.35 Uhr kam es nach Angabe von Polizeisprecherin Stephanie Schmidt „innerhalb einer Großfamilie mit Migrationshintergrund zunächst zu Streitigkeiten“. Diese

endeten in einer Schlägerei zwischen einzelnen Familienmitgliedern, bei der Schlagstöcke und Messer zum Einsatz kamen. Laut einer Meldung der Deutschen Presseagentur (dpa) waren 15 Personen beteiligt. Grund für den Streit sei nach bisherigen Erkenntnissen eine ausgeartete familiäre Auseinandersetzung wegen einer Trennung gewesen. Fünf Menschen wurden beim Streit verletzt, davon eine durch Stichverletzungen sogar schwer. Die Polizei war mit mehreren Streifenwagen im Einsatz. Zudem vor Ort war ein Großaufgebot an Rettungswagen und auch ein Rettungshubschrauber. (Auszug aus einem Artikel der [Peiner Allgemeine](#)).

Algerier „bereichern“ Linienbus

Soest: Am Montagabend gegen 22:00 Uhr randalierten zwei [28 und 33 Jahre alten Algerier](#) auf der Niederbergheimer Straße in einem Linienbus. Da die beiden Störenfriede, die in einer Unterkunft in Echtrop wohnen, den Weisungen des Busfahrers nicht nachkamen, rief dieser die Polizei zu Hilfe. Die Beamten holten die beiden, stark alkoholisierten Mann aus dem Bus. Der 28-Jährige wurde zunächst in das Polizeigewahrsam eingeliefert. Da er sich hier aufgrund der starken Alkoholisierung mehrfach übergab wurde er mit einem Rettungstransportwagen in ein Krankenhaus eingeliefert. Der 33-Jährige setzte nach eindringlicher Ermahnung die Fahrt mit dem Bus fort

Gambier macht „Feuerchen“

Aichtal-Aich: Unter anderem wegen schwerer Brandstiftung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte ermitteln die Staatsanwaltschaft Stuttgart und das Polizeirevier Nürtingen gegen einen [19-jährigen gambischen Staatsangehörigen](#). Der Mann soll am vergangenen Samstag, gegen 14 Uhr, drei an der Außenwand einer Asylbewerberunterkunft in der Straße Stockwiesen gelagerte Matratzen vorsätzlich in Brand gesetzt haben. Ein Übergreifen des Feuers auf das Gebäude konnte durch die schnelle Reaktion anwesender Sicherheitsdienstkräfte

verhindert werden. Mit Feuerlöschern gelang es ihnen, die Flammen zu ersticken. An der Fassade und einem darüber befindlichen Balkon entstand dennoch Sachschaden in Höhe von rund 1.000 Euro. Gegen seine anschließende Festnahme leistete der 19-Jährige, der noch vor Ort durch Polizeibeamte angetroffen werden konnte, Widerstand. Erst unter Anwendung von Gewalt konnten ihm Handschließen angelegt werden. Der polizeibekannt 19-Jährige wurde im Laufe des Sonntags auf Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart einem Richter am Amtsgericht Nürtingen vorgeführt, der einen Haftbefehl erließ und in Vollzug setzte. Anschließend wurde der Verdächtige einer Justizvollzugsanstalt überstellt.